

Für Frieden, Freiheit und internationale Solidarität – Antikriegstag 2018

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. 60 Millionen Todesopfer und Millionen von traumatisierten Überlebenden stehen für den schlimmsten Vernichtungskrieg in der Geschichte der Menschheit. Trotz dieser Erfahrungen sind wir Tag für Tag mit Kriegen in immer mehr Brennpunkten der Welt wie zum Beispiel in Syrien, konfrontiert. Deutschland beteiligt sich daran, geleitet von der Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD. Zu den größten Profiteuren der deutschen Kriegspolitik zählen Rüstungskonzerne wie Rheinmetall und Thyssenkrupp oder Kriegswaffenhersteller wie Heckler&Koch, die gedeckt von der herrschenden Elite, aber leider auch von Teilen der IG Metall, hemmungslos Waffen in alle Welt exportieren. Deutsche Finanzkonzerne unterstützen Waffenschmieden - auch solche, die an kriegsführende Staaten liefern - mit Milliardenbeträgen durch Kredite oder ausgegebene Anleihen. Sie investieren etwa in den deutschen U-Bootbau und profitieren von Unternehmensbeteiligungen an US-Rüstungsfirmen, die zu den Hauptlieferanten der von Saudi-Arabien angeführten „Golfallianz“ gehören. Als „Vermögensverwalter“ verdienen sie an unzähligen Rüstungsgeschäften.

68,5 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Der Großteil kommt aus Kriegs- und Krisengebieten. Die Nato-Staaten haben mit den Kriegen wie in Afghanistan, Irak, Syrien, Mali und Libyen und den Waffenlieferungen in die Brandherde auf dieser Welt maßgeblich dazu beigetragen, dass Menschen fliehen müssen. Wer Waffen produziert und exportiert und Unrechtssysteme unterstützt ist immer für Zerstörung, brutale Gewalt, Vertreibung und Flucht verantwortlich.

Die aggressive Ausdehnung der Nato nach Osten und die zunehmende Militarisierung an den EU-Außengrenzen führen zu einer gefährlichen Konfrontation der Nato-Staaten mit Russland. Anstatt Feindbilder abzubauen schlagen sich die meinungsführenden Medien auf die Seite der Mächtigen und hetzen mit diesen gegen die Forderungen nach einer auf friedliches und solidarisches Zusammenleben der Völker ausgerichteten Politik.

Die Nato-Staaten geben bereits vierzehn Mal mehr für Rüstung aus als die Weltmacht Russland. Die Forderung, die Rüstungsausgaben auf 2 % des Bruttoinlandprodukts zu erhöhen bedeutet für Deutschland den Rüstungsetat nahezu auf 80 Milliarden Euro jährlich zu verdoppeln, sodass Deutschland schon allein mehr als Russland für Waffen und Militär ausgibt. Diese massive Aufrüstung ist nicht mit Bedrohung zu rechtfertigen, heizt den Rüstungswettlauf an, erhöht die Kriegsgefahr und geht zu Lasten von Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialem.

Der Antikriegstag verpflichtet uns, gegen das weitere Aufrüsten, gegen Kriege, gegen Faschismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz aktiv zu werden.

Kundgebung in Augsburg mit Reden, Kulturbeiträgen und Infostände am Samstag, 1. September 2018 um 14 Uhr auf dem Königsplatz

Diese Aktion wird unterstützt von:

Hier werden die unterstützenden Organisationen aufgeführt.